

289442-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Straßenreinigung und Straßenkehrdienste – bonnorange AöR - Beauftragung von Reinigungsleistungen für Spielplätze, Grünflächen und Verkehrsgrün

OJ S 82/2026 28/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: bonnorange AöR

E-Mail: referatvergabedienste@bonn.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: bonnorange AöR - Beauftragung von Reinigungsleistungen für Spielplätze, Grünflächen und Verkehrsgrün

Beschreibung: Die öffentlichen Spielplätze, Verkehrsgrün und Grünanlagen inkl. der zu den Flächen gehörenden Wege und Plätze, sind von jeglichem Unrat / Abfall (u.a. auch z. B. Glasbruch, Kronkorken, Tabakfilter, Leergut, Fäkalien, etc.) zu säubern. In den Flächen integrierte Treppen sind bei der Reinigung grundsätzlich mit abzukehren und zu den Flächen zugehörige Abfallbehälter sind komplett zu leeren d.h., auch neben den Abfallbehälter gefallener Müll oder auch z.B. Sand ist zu entfernen. Feuerstellen sind zudem zu säubern und die Brandreste komplett (auch Holzreste + Asche) zu entsorgen.

Kennung des Verfahrens: 55ca2b02-d565-4445-b96a-58584ddb98b9

Interne Kennung: BN-2026-00329

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 90610000 Straßenreinigung und Straßenkehrdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 90918000 Entleerung von Abfallbehältern

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bonn

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXTSYYDYT3PGZ49Q# Der Auftraggeber und fachlich zuständig ist die bonnorange AöR. Das Referat Vergabedienste der Bundesstadt Bonn veröffentlicht und betreut das Verfahren in vergaberechtlicher Hinsicht. Sämtliche Vergabeunterlagen stellen wir ausschließlich über das Portal Vergabemarktplatz Rheinland kostenlos zur Verfügung, eine postalische oder elektronische Versendung erfolgt nicht.

Bieterfragen werden unter Wahrung der Anonymität des Fragestellers über den Kommunikationsbereich des Verfahrens im o.g. Portal für alle Teilnehmer beantwortet. Bieterfragen sind ausschließlich über diesen Kommunikationsweg einzureichen. Ausführliche Informationen sowie Anleitungen zum Vergabemarktplatz und zur Elektronischen Angebotsabgabe über das Bietertool finden Sie im Service Support Center von Cosinex unter <https://support.cosinex.de/> Weitere hilfreiche Informationen zur Abgabe eines elektronischen Angebotes können Sie zudem aus dem gleichnamigen Dokument in den Vergabeunterlagen entnehmen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 6

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 6

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: § 123 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: § 123 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: § 123 GWB

Betrug: § 123 GWB

Korruption: § 123 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: § 123 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: § 123 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: § 124 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: § 124 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: § 124 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: § 124 GWB

Zahlungsunfähigkeit: § 124 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: § 124 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: § 122 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: § 124 GWB

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: § 124 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: § 124 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: § 124 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: § 124 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: § 124 GWB

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher

Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: § 124 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Reinigung von Spielplätzen, Verkehrsgrün und Grünanlagen in Bonn Nord (Rev. 1)
Beschreibung: Kleinere Mengen wilder Müll sind grundsätzlich zu entsorgen, größere Ablagerungen (wilde Müllkippen sowie unverhältnismäßige Verschmutzungen nach Großveranstaltungen) sind der bonnorange AöR zu melden. Es wird dann vom Auftraggeber im Einzelfall entschieden, ob und in welchem Maße die bonnorange AöR unterstützend tätig wird. Im Sichtbereich der zu reinigenden Objekte und / oder zu leerenden Abfallbehälter sind auf den angrenzenden öffentlichen Flächen die Verkehrssicherheit gefährdender Unrat / Abfall unverzüglich dem Auftraggeber anzuzeigen. Auch bei Schnee und Eis ist die Reinigung fortzuführen. Dabei ist grundsätzlich der sichtbare Abfall auf dem Schnee / Eis zu beseitigen und die Abfallbehälter sind zu leeren.

Interne Kennung: 1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 90610000 Straßenreinigung und Straßenkehrdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 90918000 Entleerung von Abfallbehältern

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bonn

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/02/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/01/2029

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Vertrag zu den bestehenden Bedingungen (unter Berücksichtigung der vereinbarten Lohnleitklausel) um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern: 1. Option: Verlängerung vom 01.02.2029 bis zum 31.01.2030 (Mitteilung durch den Auftraggeber bis spätestens 01.09.2028). 2. Option: Verlängerung vom 01.02.2030 bis zum 31.01.2031 (Mitteilung durch den Auftraggeber bis spätestens 01.09.2029). Die Mitteilung über die Ausübung der Option erfolgt schriftlich. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Verlängerung bei fristgerechter Mitteilung anzunehmen. Die vereinbarten Preise bleiben, vorbehaltlich der Anwendung der Lohnleitklausel, unverändert bestehen.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Bewertet wird die CO2-neutrale Fahrzeugflotte sowie eine Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen".

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Einhaltung des TVgG und eine Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen".

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung

Gefördertes soziales Ziel: Faire Arbeitsbedingungen, Sonstiges

Die Auftragsvergabe fällt in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge — CVD))

Die Rechtsgrundlage für CVD, um den anzuwendenden Typ von Vergabeverfahren festzulegen: Sonstiger Dienstleistungsvertrag

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Genehmigung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erforderlich für Dienstleistungsverträge

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis dass die beabsichtigte Tätigkeit gemäß § 53 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) bei der zuständigen Behörde ordnungsgemäß angezeigt wurde und die Voraussetzungen zur Durchführung erfüllt (Mit dem Angebot; Mittels

Eigenerklärung): Nachweis dass die beabsichtigte Tätigkeit gemäß § 53

Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) bei der zuständigen Behörde ordnungsgemäß angezeigt wurde und die Voraussetzungen zur Durchführung erfüllt. Dieser Nachweis kann in geeigneter Weise erfolgen durch: 1. Vorlage einer Kopie der Anzeige, welche bei der zuständigen Behörde (z.B. Bezirksregierung) eingereicht wurde, und 2. Bestätigung der zuständigen Behörde über den Eingang und die formelle Ordnungsmäßigkeit der Anzeige oder falls die Bearbeitung noch läuft, eine Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für die Tätigkeit nach § 53 KrWG bei Leistungsbeginn vorliegen werden.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Haftpflichtversicherungen (UVgO, VgV, VOB/A, VOB/A-EU) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): 1. Einen Nachweis über die Deckungssummen der Betriebshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers in folgender Mindesthöhe für Personen-, Sach- und Vermögensschäden in der Mindesthöhe zu erbringen: 5.000.000 EUR 2. Einen Nachweis über eine Umwelthaftpflichtversicherung des Auftragnehmers in der Mindesthöhe von 1.000.000 EUR je Schadensfall.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mindestumsatz (UVgO, VgV, VOB/A, VOB/A-EU) (Mit dem Angebot; Keine oder anderweitige Formerfordernis): Einen Nachweis für einen Mindestjahresumsatz, bei vergleichbarer bzw. ähnlicher Tätigkeit, der jährlich in den letzten drei Geschäftsjahren erreicht wurde. Folgende Höhen je Los sind maßgeblich: Los 1: 400.000 Los 2: 300.000 Los 3: 500.000 Los 4: 50.000 Los 5: 80.000 Los 6: 40.000 Der Bieter hat dies in geeigneter und nachvollziehbarer Form mit Angebotsabgabe einzureichen. Der Mindestjahresumsatz muss in den Geschäftsjahren nachweisbar erreicht worden sein. Geeignete Formen sind: 1. Bankerklärungen 2. Jahresabschlüsse oder Auszüge von

Jahresabschlüssen oder 3. Eigenerklärungen über Gesamtumsatz pro Jahr, die auf Verlangen durch geeignete Nachweise zu belegen sind. Sollte in einem der geforderten drei Geschäftsjahre, der Mindestumsatz nicht erreicht worden sein, so ist dieses nachvollziehbar und erschöpfend zu begründen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen (UVgO, VgV) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Eine Referenz mit vergleichbarem Umfang und ähnlichem Charakter mittels Eigenerklärung. Die Leistung muss in den letzten drei Jahren erbracht worden sein. Die Erklärung soll auf einem Blatt das Auftragsvolumen, die Vertragslaufzeit und die Kontaktdaten enthalten. Der Auftraggeber behält sich eine Aufklärung zu den zur Referenz gemachten Angaben vor.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Übersicht über die Anzahl der geplanten eingesetzten Mitarbeiter, Fahrzeuge und Maschinen (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Eine Übersicht über die Anzahl der geplanten eingesetzten Mitarbeiter, Fahrzeuge und Maschinen pro Los. Bitte geben Sie anhand eines prozentualen Anteils an, wie viele Fahrzeuge davon einen CO₂-neutralen Antrieb besitzen bzw. besitzen werden.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen" (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung):

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 27/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYYDYT3PGZ49Q/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYYDYT3PGZ49Q>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYYDYT3PGZ49Q>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 05/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 52 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Keine

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: * Mit dem Angebot
** Mittels Eigenerklärung: - Sanktionspaket 523 (VgV, VOB-EU): Bitte das Dokument "523 EU Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU" verwenden.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

Finanzielle Vereinbarung: siehe Vergabeunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinsichtlich der Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf §§ 160 und 161 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verwiesen. § 160 GWB - Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. § 161 GWB - Form, Inhalt (1) 1Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. 2Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. 3Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen. (2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge

gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesstadt Bonn - Referat Vergabedienste

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Rheinland

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesstadt Bonn - Referat

Vergabedienste

5.1. Los: LOT-0002

Titel: Reinigung von Spielplätzen, Verkehrsgrün und Grünanlagen in Bonn Kessenich/ Südstadt/ Poppelsdorf/ Ippendorf (Rev. 2)

Beschreibung: Kleinere Mengen wilder Müll sind grundsätzlich zu entsorgen, größere Ablagerungen (wilde Müllkippen sowie unverhältnismäßige Verschmutzungen nach Großveranstaltungen) sind der bonnorange AöR zu melden. Es wird dann vom Auftraggeber im Einzelfall entschieden, ob und in welchem Maße die bonnorange AöR unterstützend tätig wird. Im Sichtbereich der zu reinigenden Objekte und / oder zu leerenden Abfallbehälter sind auf den angrenzenden öffentlichen Flächen die Verkehrssicherheit gefährdender Unrat / Abfall unverzüglich dem Auftraggeber anzuzeigen. Auch bei Schnee und Eis ist die Reinigung fortzuführen. Dabei ist grundsätzlich der sichtbare Abfall auf dem Schnee / Eis zu beseitigen und die Abfallbehälter sind zu leeren.

Interne Kennung: 2

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 90610000 Straßenreinigung und Straßenkehrdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 90918000 Entleerung von Abfallbehältern

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bonn

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/02/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/01/2029

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Vertrag zu den bestehenden Bedingungen (unter Berücksichtigung der vereinbarten Lohnleitklausel) um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern: 1. Option: Verlängerung vom 01.02.2029 bis zum 31.01.2030 (Mitteilung durch den Auftraggeber bis spätestens 01.09.2028). 2. Option: Verlängerung vom 01.02.2030 bis zum 31.01.2031 (Mitteilung durch den Auftraggeber bis spätestens 01.09.2029). Die Mitteilung über die Ausübung der Option erfolgt schriftlich. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Verlängerung bei fristgerechter Mitteilung anzunehmen. Die vereinbarten Preise bleiben, vorbehaltlich der Anwendung der Lohnleitklausel, unverändert bestehen.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet

für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Bewertet wird die CO₂-neutrale Fahrzeugflotte sowie eine Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen".

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Einhaltung des TVgG und eine Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen".

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung

Gefördertes soziales Ziel: Faire Arbeitsbedingungen, Sonstiges

Die Auftragsvergabe fällt in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge — CVD))

Die Rechtsgrundlage für CVD, um den anzuwendenden Typ von Vergabeverfahren festzulegen: Sonstiger Dienstleistungsvertrag

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Genehmigung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erforderlich für Dienstleistungsverträge

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis dass die beabsichtigte Tätigkeit gemäß § 53 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) bei der zuständigen Behörde ordnungsgemäß angezeigt wurde und die Voraussetzungen zur Durchführung erfüllt (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Nachweis dass die beabsichtigte Tätigkeit gemäß § 53

Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) bei der zuständigen Behörde ordnungsgemäß angezeigt wurde und die Voraussetzungen zur Durchführung erfüllt. Dieser Nachweis kann in geeigneter Weise erfolgen durch: 1. Vorlage einer Kopie der Anzeige, welche bei der zuständigen Behörde (z.B. Bezirksregierung) eingereicht wurde, und 2. Bestätigung der zuständigen Behörde über den Eingang und die formelle Ordnungsmäßigkeit der Anzeige oder falls die Bearbeitung noch läuft, eine Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für die Tätigkeit nach § 53 KrWG bei Leistungsbeginn vorliegen werden.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Haftpflichtversicherungen (UVgO, VgV, VOB/A, VOB/A-EU) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): 1. Einen Nachweis über die Deckungssummen der Betriebshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers in folgender Mindesthöhe für Personen-, Sach- und Vermögensschäden in der Mindesthöhe zu erbringen: 5.000.000 EUR 2. Einen Nachweis über eine Umwelthaftpflichtversicherung des Auftragnehmers in der Mindesthöhe von 1.000.000 EUR je Schadensfall.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mindestumsatz (UVgO, VgV, VOB/A, VOB/A-EU) (Mit dem Angebot; Keine oder anderweitige Formerfordernis): Einen Nachweis für einen Mindestjahresumsatz, bei vergleichbarer bzw. ähnlicher Tätigkeit, der jährlich in den letzten drei Geschäftsjahren erreicht wurde. Folgende Höhen je Los sind maßgeblich: Los 1: 400.000 Los 2: 300.000 Los 3: 500.000 Los 4: 50.000 Los 5: 80.000 Los 6: 40.000 Der Bieter hat dies in geeigneter und nachvollziehbarer Form mit Angebotsabgabe einzureichen. Der Mindestjahresumsatz muss in den Geschäftsjahren nachweisbar erreicht worden sein. Geeignete Formen sind: 1. Bankerklärungen 2. Jahresabschlüsse oder Auszüge von Jahresabschlüssen oder 3. Eigenerklärungen über Gesamtumsatz pro Jahr, die auf Verlangen durch geeignete Nachweise zu belegen sind. Sollte in einem der geforderten drei Geschäftsjahre, der Mindestumsatz nicht erreicht worden sein, so ist dieses nachvollziehbar und erschöpfend zu begründen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen (UVgO, VgV) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Eine Referenz mit vergleichbarem Umfang und ähnlichem Charakter mittels Eigenerklärung. Die Leistung muss in den letzten drei Jahren erbracht worden sein. Die Erklärung soll auf einem Blatt das Auftragsvolumen, die Vertragslaufzeit und die Kontaktdaten enthalten. Der Auftraggeber behält sich eine Aufklärung zu den zur Referenz gemachten Angaben vor.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Übersicht über die Anzahl der geplanten eingesetzten Mitarbeiter, Fahrzeuge und Maschinen (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Eine Übersicht über die Anzahl der geplanten eingesetzten Mitarbeiter, Fahrzeuge und Maschinen pro Los. Bitte geben Sie anhand eines prozentualen Anteils an, wie viele Fahrzeuge davon einen CO2- neutralen Antrieb besitzen bzw. besitzen werden.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen" (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung):

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 27/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYYDYT3PGZ49Q/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYYDYT3PGZ49Q>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYYDYT3PGZ49Q>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 05/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit,
Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 52 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf
nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Keine

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: * Mit dem Angebot

** Mittels Eigenerklärung: - Sanktionspaket 523 (VgV, VOB-EU): Bitte das Dokument "523 EU
Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU" verwenden.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

Finanzielle Vereinbarung: siehe Vergabeunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinsichtlich der Einlegung von Rechtsbehelfen
wird auf §§ 160 und 161 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

verwiesen. § 160 GWB - Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein

Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein

Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen
Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht.

Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der

Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist
unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem

Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der

Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die

aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der

Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem

Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den

Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung

oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15

Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. § 161 GWB - Form, Inhalt (1) 1Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. 2Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. 3Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen. (2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesstadt Bonn - Referat Vergabedienste

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Rheinland

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesstadt Bonn - Referat

Vergabedienste

5.1. Los: LOT-0003

Titel: Reinigung von Spielplätzen, Verkehrsgrün und Grünanlagen in Bonn Hardtberg (Rev. 3)

Beschreibung: Kleinere Mengen wilder Müll sind grundsätzlich zu entsorgen, größere Ablagerungen (wilde Müllkippen sowie unverhältnismäßige Verschmutzungen nach Großveranstaltungen) sind der bonnorange AöR zu melden. Es wird dann vom Auftraggeber im Einzelfall entschieden, ob und in welchem Maße die bonnorange AöR unterstützend tätig wird. Im Sichtbereich der zu reinigenden Objekte und / oder zu leerenden Abfallbehälter sind auf den angrenzenden öffentlichen Flächen die Verkehrssicherheit gefährdender Unrat / Abfall unverzüglich dem Auftraggeber anzuzeigen. Auch bei Schnee und Eis ist die Reinigung fortzuführen. Dabei ist grundsätzlich der sichtbare Abfall auf dem Schnee / Eis zu beseitigen und die Abfallbehälter sind zu leeren.

Interne Kennung: 3

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 90610000 Straßenreinigung und Straßenkehrdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 90918000 Entleerung von Abfallbehältern

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bonn

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/02/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/01/2029

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Vertrag zu den bestehenden Bedingungen (unter Berücksichtigung der vereinbarten Lohnleitklausel) um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern: 1. Option: Verlängerung vom 01.02.2029 bis zum 31.01.2030 (Mitteilung durch den Auftraggeber bis spätestens

01.09.2028). 2. Option: Verlängerung vom 01.02.2030 bis zum 31.01.2031 (Mitteilung durch den Auftraggeber bis spätestens 01.09.2029). Die Mitteilung über die Ausübung der Option erfolgt schriftlich. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Verlängerung bei fristgerechter Mitteilung anzunehmen. Die vereinbarten Preise bleiben, vorbehaltlich der Anwendung der Lohnleitklausel, unverändert bestehen.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Bewertet wird die CO₂-neutrale Fahrzeugflotte sowie eine Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen".

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Einhaltung des TVgG und eine Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen".

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung

Gefördertes soziales Ziel: Faire Arbeitsbedingungen, Sonstiges

Die Auftragsvergabe fällt in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge — CVD))

Die Rechtsgrundlage für CVD, um den anzuwendenden Typ von Vergabeverfahren festzulegen: Sonstiger Dienstleistungsvertrag

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Genehmigung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erforderlich für Dienstleistungsverträge

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis dass die beabsichtigte Tätigkeit gemäß § 53 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) bei der zuständigen Behörde ordnungsgemäß angezeigt wurde und die Voraussetzungen zur Durchführung erfüllt (Mit dem Angebot; Mittels

Eigenerklärung): Nachweis dass die beabsichtigte Tätigkeit gemäß § 53

Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) bei der zuständigen Behörde ordnungsgemäß angezeigt wurde und die Voraussetzungen zur Durchführung erfüllt. Dieser Nachweis kann in geeigneter Weise erfolgen durch: 1. Vorlage einer Kopie der Anzeige, welche bei der zuständigen Behörde (z.B. Bezirksregierung) eingereicht wurde, und 2. Bestätigung der zuständigen Behörde über den Eingang und die formelle Ordnungsmäßigkeit der Anzeige oder falls die Bearbeitung noch läuft, eine Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für die Tätigkeit nach § 53 KrWG bei Leistungsbeginn vorliegen werden.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Haftpflichtversicherungen (UVgO, VgV, VOB/A, VOB/A-EU) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): 1. Einen Nachweis über die Deckungssummen der Betriebshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers in folgender Mindesthöhe für Personen-, Sach- und Vermögensschäden in der Mindesthöhe zu erbringen: 5.000.000 EUR 2. Einen Nachweis über eine Umwelthaftpflichtversicherung des Auftragnehmers in der Mindesthöhe von 1.000.000 EUR je Schadensfall.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mindestumsatz (UVgO, VgV, VOB/A, VOB/A-EU) (Mit dem Angebot; Keine oder anderweitige Formerfordernis): Einen Nachweis für einen Mindestjahresumsatz, bei vergleichbarer bzw. ähnlicher Tätigkeit, der jährlich in den letzten drei Geschäftsjahren erreicht wurde. Folgende Höhen je Los sind maßgeblich: Los 1: 400.000 Los 2: 300.000 Los 3: 500.000 Los 4: 50.000 Los 5: 80.000 Los 6: 40.000 Der Bieter hat dies in geeigneter und nachvollziehbarer Form mit Angebotsabgabe einzureichen. Der Mindestjahresumsatz muss in den Geschäftsjahren nachweisbar erreicht worden sein. Geeignete Formen sind: 1. Bankerklärungen 2. Jahresabschlüsse oder Auszüge von Jahresabschlüssen oder 3. Eigenerklärungen über Gesamtumsatz pro Jahr, die auf Verlangen durch geeignete Nachweise zu belegen sind. Sollte in einem der geforderten drei Geschäftsjahre, der Mindestumsatz nicht erreicht worden sein, so ist dieses nachvollziehbar und erschöpfend zu begründen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen (UVgO, VgV) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Eine Referenz mit vergleichbarem Umfang und ähnlichem Charakter mittels Eigenerklärung. Die Leistung muss in den letzten drei Jahren erbracht worden sein. Die Erklärung soll auf einem Blatt das Auftragsvolumen, die Vertragslaufzeit und die Kontaktdaten enthalten. Der Auftraggeber behält sich eine Aufklärung zu den zur Referenz gemachten Angaben vor.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Übersicht über die Anzahl der geplanten eingesetzten Mitarbeiter, Fahrzeuge und Maschinen (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Eine Übersicht über die Anzahl der geplanten eingesetzten Mitarbeiter, Fahrzeuge und Maschinen pro Los. Bitte geben Sie anhand eines prozentualen Anteils an, wie viele Fahrzeuge davon einen CO2- neutralen Antrieb besitzen bzw. besitzen werden.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen" (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung):

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 27/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYYDYT3PGZ49Q/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYDYDT3PGZ49Q>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYDYDT3PGZ49Q>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 05/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 52 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Keine

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: * Mit dem Angebot

** Mittels Eigenerklärung: - Sanktionspaket 523 (VgV, VOB-EU): Bitte das Dokument "523 EU

Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU" verwenden.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

Finanzielle Vereinbarung: siehe Vergabeunterlagen

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinsichtlich der Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf §§ 160 und 161 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

verwiesen. § 160 GWB - Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein

Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der

Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist

unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem

Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. § 161 GWB - Form, Inhalt (1) 1Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. 2Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. 3Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen. (2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:
Bundesstadt Bonn - Referat Vergabedienste

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Vergabekammer Rheinland

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesstadt Bonn - Referat
Vergabedienste

5.1. Los: LOT-0004

Titel: Reinigung von Spielplätzen, Verkehrsgrün und Grünanlagen in Bonn Zentrum (Rev. 4)
Beschreibung: Kleinere Mengen wilder Müll sind grundsätzlich zu entsorgen, größere Ablagerungen (wilde Müllkippen sowie unverhältnismäßige Verschmutzungen nach Großveranstaltungen) sind der bonnorange AöR zu melden. Es wird dann vom Auftraggeber im Einzelfall entschieden, ob und in welchem Maße die bonnorange AöR unterstützend tätig wird. Im Sichtbereich der zu reinigenden Objekte und / oder zu leerenden Abfallbehälter sind auf den angrenzenden öffentlichen Flächen die Verkehrssicherheit gefährdender Unrat / Abfall unverzüglich dem Auftraggeber anzuzeigen. Auch bei Schnee und Eis ist die Reinigung fortzuführen. Dabei ist grundsätzlich der sichtbare Abfall auf dem Schnee / Eis zu beseitigen und die Abfallbehälter sind zu leeren.

Interne Kennung: 4

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 90610000 Straßenreinigung und Straßenkehrdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 90918000 Entleerung von Abfallbehältern

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bonn

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/02/2027

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Vertrag zu den bestehenden Bedingungen (unter Berücksichtigung der vereinbarten Lohnleitklausel) um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern: 1. Option: Verlängerung vom 01.02.2029 bis zum 31.01.2030 (Mitteilung durch den Auftraggeber bis spätestens 01.09.2028). 2. Option: Verlängerung vom 01.02.2030 bis zum 31.01.2031 (Mitteilung durch den Auftraggeber bis spätestens 01.09.2029). Die Mitteilung über die Ausübung der Option erfolgt schriftlich. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Verlängerung bei fristgerechter Mitteilung anzunehmen. Die vereinbarten Preise bleiben, vorbehaltlich der Anwendung der Lohnleitklausel, unverändert bestehen.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Bewertet wird die CO2-neutrale Fahrzeugflotte sowie eine Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen".

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Einhaltung des TVgG und eine Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen".

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung

Gefördertes soziales Ziel: Faire Arbeitsbedingungen, Sonstiges

Die Auftragsvergabe fällt in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge — CVD))

Die Rechtsgrundlage für CVD, um den anzuwendenden Typ von Vergabeverfahren festzulegen: Sonstiger Dienstleistungsvertrag

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Genehmigung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erforderlich für Dienstleistungsverträge

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis dass die beabsichtigte Tätigkeit gemäß § 53 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) bei der zuständigen Behörde ordnungsgemäß angezeigt wurde und die Voraussetzungen zur Durchführung erfüllt (Mit dem Angebot; Mittels

Eigenerklärung): Nachweis dass die beabsichtigte Tätigkeit gemäß § 53 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) bei der zuständigen Behörde ordnungsgemäß angezeigt wurde und die Voraussetzungen zur Durchführung erfüllt. Dieser Nachweis kann in geeigneter Weise erfolgen durch: 1. Vorlage einer Kopie der Anzeige, welche bei der zuständigen Behörde (z.B. Bezirksregierung) eingereicht wurde, und 2. Bestätigung der zuständigen Behörde über den Eingang und die formelle Ordnungsmäßigkeit der Anzeige oder falls die Bearbeitung noch läuft, eine Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für die Tätigkeit nach § 53 KrWG bei Leistungsbeginn vorliegen werden.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Haftpflichtversicherungen (UVgO, VgV, VOB/A, VOB/A-EU) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): 1. Einen Nachweis über die Deckungssummen der Betriebshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers in folgender Mindesthöhe für Personen-, Sach- und Vermögensschäden in der Mindesthöhe zu erbringen: 5.000.000 EUR 2. Einen Nachweis über eine Umwelthaftpflichtversicherung des Auftragnehmers in der Mindesthöhe von 1.000.000 EUR je Schadensfall.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mindestumsatz (UVgO, VgV, VOB/A, VOB/A-EU) (Mit dem Angebot; Keine oder anderweitige Formerfordernis): Einen Nachweis für einen Mindestjahresumsatz, bei vergleichbarer bzw. ähnlicher Tätigkeit, der jährlich in den letzten drei Geschäftsjahren erreicht wurde. Folgende Höhen je Los sind maßgeblich: Los 1: 400.000 Los 2: 300.000 Los 3: 500.000 Los 4: 50.000 Los 5: 80.000 Los 6: 40.000 Der Bieter hat dies in geeigneter und nachvollziehbarer Form mit Angebotsabgabe einzureichen. Der Mindestjahresumsatz muss in den Geschäftsjahren nachweisbar erreicht worden sein. Geeignete Formen sind: 1. Bankerklärungen 2. Jahresabschlüsse oder Auszüge von Jahresabschlüssen oder 3. Eigenerklärungen über Gesamtumsatz pro Jahr, die auf Verlangen durch geeignete Nachweise zu belegen sind. Sollte in einem der geforderten drei Geschäftsjahre, der Mindestumsatz nicht erreicht worden sein, so ist dieses nachvollziehbar und erschöpfend zu begründen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen (UVgO, VgV) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Eine Referenz mit vergleichbarem Umfang und ähnlichem Charakter mittels Eigenerklärung. Die Leistung muss in den letzten drei Jahren erbracht worden sein. Die Erklärung soll auf einem Blatt das Auftragsvolumen, die Vertragslaufzeit und die Kontaktdaten enthalten. Der Auftraggeber behält sich eine Aufklärung zu den zur Referenz gemachten Angaben vor.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Übersicht über die Anzahl der geplanten eingesetzten Mitarbeiter, Fahrzeuge und Maschinen (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Eine Übersicht über die Anzahl der geplanten eingesetzten Mitarbeiter, Fahrzeuge und Maschinen pro Los. Bitte geben Sie anhand eines prozentualen Anteils an, wie viele Fahrzeuge davon einen CO₂- neutralen Antrieb besitzen bzw. besitzen werden.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen" (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung):

5.1.11. **Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 27/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYDDYT3PGZ49Q/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYDDYT3PGZ49Q>

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYDDYT3PGZ49Q>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 05/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 52 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Keine

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: * Mit dem Angebot

** Mittels Eigenerklärung: - Sanktionspaket 523 (VgV, VOB-EU): Bitte das Dokument "523 EU Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU" verwenden.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

Finanzielle Vereinbarung: siehe Vergabeunterlagen

5.1.15. **Techniken**

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. **Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinsichtlich der Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf §§ 160 und 161 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verwiesen. § 160 GWB - Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. § 161 GWB - Form, Inhalt (1) 1Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. 2Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. 3Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen. (2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesstadt Bonn - Referat Vergabedienste

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Rheinland

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesstadt Bonn - Referat

Vergabedienste

5.1. Los: LOT-0005

Titel: Reinigung von Spielplätzen, Verkehrsgrün und Grünanlagen in Bonn Dottendorf (Rev. 5)
Beschreibung: Kleinere Mengen wilder Müll sind grundsätzlich zu entsorgen, größere Ablagerungen (wilde Müllkippen sowie unverhältnismäßige Verschmutzungen nach Großveranstaltungen) sind der bonnorange AöR zu melden. Es wird dann vom Auftraggeber im Einzelfall entschieden, ob und in welchem Maße die bonnorange AöR unterstützend tätig wird. Im Sichtbereich der zu reinigenden Objekte und / oder zu leerenden Abfallbehälter sind auf den angrenzenden öffentlichen Flächen die Verkehrssicherheit gefährdender Unrat / Abfall unverzüglich dem Auftraggeber anzuzeigen. Auch bei Schnee und Eis ist die Reinigung fortzuführen. Dabei ist grundsätzlich der sichtbare Abfall auf dem Schnee / Eis zu beseitigen und die Abfallbehälter sind zu leeren.

Interne Kennung: 5

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 90610000 Straßenreinigung und Straßenkehrdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 90918000 Entleerung von Abfallbehältern

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bonn

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/02/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/01/2029

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Vertrag zu den bestehenden Bedingungen (unter Berücksichtigung der vereinbarten Lohnleitklausel) um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern: 1. Option: Verlängerung vom 01.02.2029 bis zum 31.01.2030 (Mitteilung durch den Auftraggeber bis spätestens 01.09.2028). 2. Option: Verlängerung vom 01.02.2030 bis zum 31.01.2031 (Mitteilung durch den Auftraggeber bis spätestens 01.09.2029). Die Mitteilung über die Ausübung der Option erfolgt schriftlich. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Verlängerung bei fristgerechter Mitteilung anzunehmen. Die vereinbarten Preise bleiben, vorbehaltlich der Anwendung der Lohnleitklausel, unverändert bestehen.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Bewertet wird die CO2-neutrale Fahrzeugflotte sowie eine Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen".

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Einhaltung des TVgG und eine Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen".

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung

Gefördertes soziales Ziel: Faire Arbeitsbedingungen, Sonstiges

Die Auftragsvergabe fällt in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge — CVD))

Die Rechtsgrundlage für CVD, um den anzuwendenden Typ von Vergabeverfahren festzulegen: Sonstiger Dienstleistungsvertrag

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Genehmigung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erforderlich für Dienstleistungsverträge

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis dass die beabsichtigte Tätigkeit gemäß § 53 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) bei der zuständigen Behörde ordnungsgemäß angezeigt wurde und die Voraussetzungen zur Durchführung erfüllt (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Nachweis dass die beabsichtigte Tätigkeit gemäß § 53

Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) bei der zuständigen Behörde ordnungsgemäß angezeigt wurde und die Voraussetzungen zur Durchführung erfüllt. Dieser Nachweis kann in geeigneter Weise erfolgen durch: 1. Vorlage einer Kopie der Anzeige, welche bei der zuständigen Behörde (z.B. Bezirksregierung) eingereicht wurde, und 2. Bestätigung der zuständigen Behörde über den Eingang und die formelle Ordnungsmäßigkeit der Anzeige oder falls die Bearbeitung noch läuft, eine Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für die Tätigkeit nach § 53 KrWG bei Leistungsbeginn vorliegen werden.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Haftpflichtversicherungen (UVgO, VgV, VOB/A, VOB/A-EU) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): 1. Einen Nachweis über die Deckungssummen der Betriebshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers in folgender Mindesthöhe für Personen-, Sach- und Vermögensschäden in der Mindesthöhe zu erbringen: 5.000.000 EUR 2. Einen Nachweis über eine Umwelthaftpflichtversicherung des Auftragnehmers in der Mindesthöhe von 1.000.000 EUR je Schadensfall.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mindestumsatz (UVgO, VgV, VOB/A, VOB/A-EU) (Mit dem Angebot; Keine oder anderweitige Formerfordernis): Einen Nachweis für einen Mindestjahresumsatz, bei vergleichbarer bzw. ähnlicher Tätigkeit, der jährlich in den letzten drei Geschäftsjahren erreicht wurde. Folgende Höhen je Los sind maßgeblich: Los 1: 400.000 Los 2: 300.000 Los 3: 500.000 Los 4: 50.000 Los 5: 80.000 Los 6: 40.000 Der Bieter hat dies in geeigneter und nachvollziehbarer Form mit Angebotsabgabe einzureichen. Der Mindestjahresumsatz muss in den Geschäftsjahren nachweisbar erreicht worden sein. Geeignete Formen sind: 1. Bankerklärungen 2. Jahresabschlüsse oder Auszüge von Jahresabschlüssen oder 3. Eigenerklärungen über Gesamtumsatz pro Jahr, die auf Verlangen durch geeignete Nachweise zu belegen sind. Sollte in einem der geforderten drei Geschäftsjahre, der Mindestumsatz nicht erreicht worden sein, so ist dieses nachvollziehbar und erschöpfend zu begründen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen (UVgO, VgV) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Eine Referenz mit vergleichbarem Umfang und ähnlichem Charakter mittels Eigenerklärung. Die Leistung muss in den letzten drei Jahren erbracht worden sein. Die

Erklärung soll auf einem Blatt das Auftragsvolumen, die Vertragslaufzeit und die Kontaktdaten enthalten. Der Auftraggeber behält sich eine Aufklärung zu den zur Referenz gemachten Angaben vor.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Übersicht über die Anzahl der geplanten eingesetzten Mitarbeiter, Fahrzeuge und Maschinen (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Eine Übersicht über die Anzahl der geplanten eingesetzten Mitarbeiter, Fahrzeuge und Maschinen pro Los. Bitte geben Sie anhand eines prozentualen Anteils an, wie viele Fahrzeuge davon einen CO2- neutralen Antrieb besitzen bzw. besitzen werden.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen" (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung):

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 27/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYDDYT3PGZ49Q/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYDDYT3PGZ49Q>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYDDYT3PGZ49Q>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 05/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 52 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Keine

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: * Mit dem Angebot

** Mittels Eigenerklärung: - Sanktionspaket 523 (VgV, VOB-EU): Bitte das Dokument "523 EU Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU" verwenden.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:
gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter
Finanzielle Vereinbarung: siehe Vergabeunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinsichtlich der Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf §§ 160 und 161 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verwiesen. § 160 GWB - Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. § 161 GWB - Form, Inhalt (1) 1Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. 2Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. 3Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen. (2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesstadt Bonn - Referat Vergabedienste

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Rheinland

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesstadt Bonn - Referat

Vergabedienste

5.1. Los: LOT-0006

Titel: Reinigung von Spielplätzen und Grünanlagen in Bonn Zentrum (Hotspots, Innenstadt Papierkorbleerung) während der Sommerferien NRW

Beschreibung: Kleinere Mengen wilder Müll sind grundsätzlich zu entsorgen, größere Ablagerungen (wilde Müllkippen sowie unverhältnismäßige Verschmutzungen nach Großveranstaltungen) sind der bonnorange AöR zu melden. Es wird dann vom Auftraggeber im Einzelfall entschieden, ob und in welchem Maße die bonnorange AöR unterstützend tätig wird. Im Sichtbereich der zu reinigenden Objekte und / oder zu leerenden Abfallbehälter sind auf den angrenzenden öffentlichen Flächen die Verkehrssicherheit gefährdender Unrat / Abfall unverzüglich dem Auftraggeber anzuzeigen. Auch bei Schnee und Eis ist die Reinigung fortzuführen. Dabei ist grundsätzlich der sichtbare Abfall auf dem Schnee / Eis zu beseitigen und die Abfallbehälter sind zu leeren.

Interne Kennung: 6

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 90610000 Straßenreinigung und Straßenkehrdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 90918000 Entleerung von Abfallbehältern

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bonn

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/02/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/01/2029

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Vertrag zu den bestehenden Bedingungen (unter Berücksichtigung der vereinbarten Lohnleitklausel) um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern: 1. Option: Verlängerung vom 01.02.2029 bis zum 31.01.2030 (Mitteilung durch den Auftraggeber bis spätestens 01.09.2028). 2. Option: Verlängerung vom 01.02.2030 bis zum 31.01.2031 (Mitteilung durch den Auftraggeber bis spätestens 01.09.2029). Die Mitteilung über die Ausübung der Option erfolgt schriftlich. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Verlängerung bei fristgerechter Mitteilung anzunehmen. Die vereinbarten Preise bleiben, vorbehaltlich der Anwendung der Lohnleitklausel, unverändert bestehen.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Bewertet wird die CO₂-neutrale Fahrzeugflotte sowie eine Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen".

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Einhaltung des TVgG und eine Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen".

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung

Gefördertes soziales Ziel: Faire Arbeitsbedingungen, Sonstiges

Die Auftragsvergabe fällt in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge — CVD))

Die Rechtsgrundlage für CVD, um den anzuwendenden Typ von Vergabeverfahren festzulegen: Sonstiger Dienstleistungsvertrag

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Genehmigung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erforderlich für Dienstleistungsverträge

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis dass die beabsichtigte Tätigkeit gemäß § 53 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) bei der zuständigen Behörde ordnungsgemäß angezeigt wurde und die Voraussetzungen zur Durchführung erfüllt (Mit dem Angebot; Mittels

Eigenerklärung): Nachweis dass die beabsichtigte Tätigkeit gemäß § 53

Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) bei der zuständigen Behörde ordnungsgemäß angezeigt wurde und die Voraussetzungen zur Durchführung erfüllt. Dieser Nachweis kann in geeigneter Weise erfolgen durch: 1. Vorlage einer Kopie der Anzeige, welche bei der zuständigen Behörde (z.B. Bezirksregierung) eingereicht wurde, und 2. Bestätigung der zuständigen Behörde über den Eingang und die formelle Ordnungsmäßigkeit der Anzeige oder falls die Bearbeitung noch läuft, eine Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für die Tätigkeit nach § 53 KrWG bei Leistungsbeginn vorliegen werden.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Haftpflichtversicherungen (UVgO, VgV, VOB/A, VOB/A-EU) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): 1. Einen Nachweis über die Deckungssummen der Betriebshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers in folgender Mindesthöhe für Personen-, Sach- und Vermögensschäden in der Mindesthöhe zu erbringen: 5.000.000 EUR 2. Einen Nachweis über eine Umwelthaftpflichtversicherung des Auftragnehmers in der Mindesthöhe von 1.000.000 EUR je Schadensfall.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mindestumsatz (UVgO, VgV, VOB/A, VOB/A-EU) (Mit dem Angebot; Keine oder anderweitige Formerfordernis): Einen Nachweis für einen Mindestjahresumsatz, bei vergleichbarer bzw. ähnlicher Tätigkeit, der jährlich in den letzten drei Geschäftsjahren erreicht wurde. Folgende Höhen je Los sind maßgeblich: Los 1: 400.000 Los 2: 300.000 Los 3: 500.000 Los 4: 50.000 Los 5: 80.000 Los 6: 40.000 Der Bieter hat dies in geeigneter und nachvollziehbarer Form mit Angebotsabgabe einzureichen. Der Mindestjahresumsatz muss in den Geschäftsjahren nachweisbar erreicht worden sein. Geeignete Formen sind: 1. Bankerklärungen 2. Jahresabschlüsse oder Auszüge von

Jahresabschlüssen oder 3. Eigenerklärungen über Gesamtumsatz pro Jahr, die auf Verlangen durch geeignete Nachweise zu belegen sind. Sollte in einem der geforderten drei Geschäftsjahre, der Mindestumsatz nicht erreicht worden sein, so ist dieses nachvollziehbar und erschöpfend zu begründen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen (UVgO, VgV) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Eine Referenz mit vergleichbarem Umfang und ähnlichem Charakter mittels Eigenerklärung. Die Leistung muss in den letzten drei Jahren erbracht worden sein. Die Erklärung soll auf einem Blatt das Auftragsvolumen, die Vertragslaufzeit und die Kontaktdaten enthalten. Der Auftraggeber behält sich eine Aufklärung zu den zur Referenz gemachten Angaben vor.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Übersicht über die Anzahl der geplanten eingesetzten Mitarbeiter, Fahrzeuge und Maschinen (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Eine Übersicht über die Anzahl der geplanten eingesetzten Mitarbeiter, Fahrzeuge und Maschinen pro Los. Bitte geben Sie anhand eines prozentualen Anteils an, wie viele Fahrzeuge davon einen CO₂-neutralen Antrieb besitzen bzw. besitzen werden.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Kurzbeschreibung (maximal eine Seite DIN A4) ihrer umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen für Nachhaltigkeit sowie zum Thema "Arbeitsrechte und Chancengerechtigkeit im eigenen Unternehmen" (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung):

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 27/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYYDYT3PGZ49Q/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYYDYT3PGZ49Q>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYYDYT3PGZ49Q>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 05/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 52 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Keine

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: * Mit dem Angebot

** Mittels Eigenerklärung: - Sanktionspaket 523 (VgV, VOB-EU): Bitte das Dokument "523 EU

Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU" verwenden.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

Finanzielle Vereinbarung: siehe Vergabeunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinsichtlich der Einlegung von Rechtsbehelfen

wird auf §§ 160 und 161 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

verwiesen. § 160 GWB - Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein

Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein

Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen

Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht.

Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der

Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist

unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem

Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der

Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die

aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der

Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem

Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den

Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung

oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15

Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu

wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit

des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. § 161

GWB - Form, Inhalt (1) 1Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und

unverzüglich zu begründen. 2Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. 3Ein Antragsteller

ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich

dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes

zu benennen. (2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine

Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die

Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge

gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesstadt Bonn - Referat Vergabedienste

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Rheinland

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesstadt Bonn - Referat Vergabedienste

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: bonnorange AöR

Registrierungsnummer: 05314-99001-56

Postanschrift: Lievelingsweg 110

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: referatvergabedienste@bonn.de

Telefon: +49 228772600

Internetadresse: <http://www.bonnorange.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Bundesstadt Bonn - Referat Vergabedienste

Registrierungsnummer: 05314-31001-65

Postanschrift: Bertha-von-Suttner-Platz 2-4

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53111

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: referatvergabedienste@bonn.de

Telefon: +49 228772600

Internetadresse: <http://www.bonn.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland

Registrierungsnummer: DE812110859

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50667

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer Rheinland

E-Mail: vergabekammer@bezreg-koeln.nrw.de

Telefon: +49 221-147-3116

Fax: +49 221-147-2889

Internetadresse: <http://www.bezreg-koeln.nrw.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

36538a9b-c744-493c-b905-5621dfb18fc1-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Informationen sind jetzt verfügbar

Beschreibung

:

Folgende Fristen wurden geändert: Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen (u.a.) vom 20.04.2026 auf den 27.04.2026 Angebotsfrist/-öffnung vom 28.04.2026, 10:00 Uhr auf den 05.05.2026, 10:00 Uhr

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Folgende Fristen wurden geändert: Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen (u.a.) vom 20.04.2026 auf den 27.04.2026 Angebotsfrist/-öffnung vom 28.04.2026, 10:00 Uhr auf den 05.05.2026, 10:00 Uhr

Änderung der Auftragsunterlagen am: 27/04/2026

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 79b2015d-e19e-4cfb-a96c-c1a17d5e6ba4 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/04/2026 08:52:26 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 289442-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 82/2026

Datum der Veröffentlichung: 28/04/2026